

Wendekind Links Verlag

Im Dezember 1989 begann der Berliner Journalist Christoph Links, einen eigenen Verlag aufzubauen. Längst ist er eine etablierte Adresse für Themen vor allem der jüngeren Geschichte. **Seite 3**



Bündnispartner Iran?

Irans Präsident Ahmadinedschad Hand in Hand mit Hugo Chávez, Venezuelas sozialistischem Präsidenten. Die heutige Streitfrage: Kann Iran ein Bündnispartner für linke Bewegungen sein? **Seite 17**



Reisemagazin

Damaskus – historische Plätze und orientalische Genüsse / Couchsurfing – Reisen mit »Familienanschluss« / Ecuador: Gewebte Traditionen / Holiday on Ice auf Tournee **Heute im ND-Extra**

Standpunkt

Alte Gräben

Von Steffen Schmidt

Ob bei dem riesigen Diplomatenauflauf in Kopenhagen tatsächlich wenigstens so viel an Treibhausgasreduzierung herauskommt, dass die Emissionen der Anreise ausgeglichen werden, ist im Moment mehr als zweifelhaft. Die dänischen Gastgeber haben ihren Plan aufgegeben, den seit Mittwoch anreisenden Regierungschefs ein praktikables Verhandlungspapier für die Endrunde vorzulegen. Nicht ganz freiwillig freilich, denn in den letzten Tagen ist ein alter Graben wieder aufgerissen: Die in der Gruppe 77 versammelten Entwicklungs- und Schwellenländer hatten zuvor jede weitere dänische Vorlage abgelehnt. Die Dänen hatten ihr Heil in vertraulichen Einzelverhandlungen gesucht und wurden nun bezichtigt, alles nur passfähig für Obama zu machen. Die Industrieländer kritisierten wiederum die G77, dass sie weit divergierende Ziele vertreten.

Die eigentlichen Ziele der Veranstaltung drohen so in gegenseitigen Schuldzuweisungen unterzugehen. Da wirkt der demonstrative Optimismus des UNO-Klimasekretariats-Chefs Yvo de Boer schon beinahe wie das sprichwörtliche Pfeifen im Walde. Denn trotz einiger Zusagen – etwa aus den USA – ist bislang weder bei der Finanzierung der Klimahilfen für die Entwicklungsländer noch bei überprüfbar verbindlichen Zusagen von Treibhausgas-Reduktionen ein Durchbruch zu erkennen. Es stellt sich die Frage, ob nicht tatsächlich beim derzeitigen Stand kein Abkommen besser wäre als ein fauler Kompromiss in letzter Minute.

Unten links

Seit Wochen streitet sich die Politik darüber, wie man Wachstum erzeugen kann und wer das bezahlen soll. Sehr unersprißlich das Ganze, für Beteiligte und Zuschauer. Aus den USA kommt ein Hoffnungsschimmer: Dort hat man ausgerechnet, dass die Fußball-WM 2018, wenn man sie ausrichten dürfte, fünf Milliarden Dollar Wachstum für die Wirtschaft des Landes und bis zu 100 000 Jobs bringen würde. Sehr schön, aber so lange können wir hier nicht warten. Die Turniere vorher sind leider schon vergeben. Da hilft nur eins: Wir machen gleich nächstes Jahr unsere eigene WM. Und 2011 wieder, und 2012 wieder. Jedes Jahr. Zur Not zwei pro Jahr. Immer in Deutschland. Nicht nur im Fußball, sondern auch in Handball, Schwimmen, Formel 1. Und wenn das Italien, nur als Beispiel, nicht gefällt, ermitteln die ihre eigenen Weltmeister. Gibt's ja im Boxen auch: mindestens eine Handvoll Weltverbände mit eigenen Weltmeistern. Da kommt Geld rein und die Leute haben noch Spaß dabei. *wh*

www.neues-deutschland.de

Postvertriebsstück / Entgelt bezahlt
Einzelpreise Ausland:
Dänemark Mo-Fr 11,50 DKK/So 13,50 DKK;
Österreich 1,60/1,80 EUR;
Slowakei 51,20/57,20 SKK (1,70/1,90 EUR);
Tschechien 60/65 CZK; Ungarn 470/550 Ft;
Polen 6,60/7,00 PLN ISSN 0323-4940

Kopenhagen: Manche mögen's heiß

Bei der Klimakonferenz riskieren die Regierungsvertreter eine ungebremste Erderwärmung

Kurz vor dem offiziellen Ende der Weltklimakonferenz sieht es immer noch nicht nach einer Einigung aus.

Kopenhagen (ND-Stenger/Agenturen). In der alles entscheidenden Schlussphase der UN-Klimakonferenz in Kopenhagen haben sich die Delegierten am Donnerstag darauf geeinigt, in zwei Gruppen eine Verhandlungsgrundlage für die Staats- und Regierungschefs auszuarbeiten. Zuvor hatte der dänische Ministerpräsident Lars Løkke Rasmussen den Versuch aufgegeben, für die Chefrunde eine praktikable und entschlackte Verhandlungsgrundlage auszuarbeiten.

Gut 10 000 Delegierte aus 192 Staaten verhandeln seit Anfang vergangener Woche in Kopenha-

Warten auf Obama – wie US-Vertreter bislang bremsen +++ Ausgrenzung der Zivilgesellschaft +++ Kritik an der »Kultur des Todes«
Tagesthema Seite 2

gen über ein neues Klimaabkommen zur Reduzierung der Treibhausgase. Tiefe Grabenkämpfe zwischen den G77 und den Industrieländern sowie schwere Vorwürfe gegen die dänischen Gastgeber haben die Verhandlungen in den vergangenen Tagen lahmgelegt. Dagegen warfen westliche Diplomaten den Schwellen- und Entwicklungsländern vor, untereinander uneins zu sein, was den Prozess blockiert habe.

UN-Klimachef Yvo de Boer sprach dennoch von ermutigenden Fortschritten. Er hoffe auf »sehr frische Ideen« von den erwarteten Staats- und Regierungschefs, die heute ins Geschehen eingreifen sollen. Als erste US-Vertreterin nannte Außenministerin Hillary Clinton mit 100 Milliarden Dollar eine Summe, die die reichen Länder vom Jahr 2020 an jährlich für Klimamaßnahmen in den Entwicklungsländern aufzubieten sollen.

Bundeskanzlerin Angela Merkel warnte in Kopenhagen vor einem Scheitern der Verhandlungen. Ein



»Es gibt keine zweite Erde« – Demonstranten beim Klimagipfel in Kopenhagen

Foto: dpa/Valat

Misserfolg wäre ein »schreckliches Signal für alle, die unserer Welt im 21. Jahrhundert eine gute Zukunft geben wollen«, sagte sie im Plenum der Konferenz. Merkel forderte, die Industrienationen müssten ihren CO₂-Ausstoß bis 2020 im Vergleich zu 1990 um mindestens 25 Prozent senken. Forscher halten jedoch mindestens 40 Prozent für notwendig, um die Erderwärmung in einem erträglichen Rahmen zu halten.

Zuvor hatte sich Merkel in einer Regierungserklärung im Bundestag in Allgemeinplätzen und Appellen geübt. »Wenn wir jetzt nicht die notwendigen Weichenstellungen vornehmen, riskieren wir dramatische Schäden«, sagte sie. Die Opposition warf der CDU-Poli-

tikerin »Zögerlichkeit« vor. Erstmals verhandelte eine Bundesregierung ohne gemeinsamen Auftrag des Parlaments bei einem Klimagipfel, sagte der SPD-Abgeordnete Ulrich Kelber. Er warf FDP-Entwicklungshilfeminister Dirk Niebel einen »brutalen Wortbruch« vor, da dieser künftige Klimaschutzhilfen für Entwicklungsländer bei der Armutsbekämpfung abziehen wolle. Auch Linksfraktionschef Gregor Gysi kritisierte, diese Ziele ließen sich nicht gegeneinander aufrechnen. Er kritisierte zudem das »massive und robuste Vorgehen« der Polizei in Kopenhagen gegen Demonstranten.

Die dänische Polizei nahm am Donnerstag zwölf Aktivisten der Umweltorganisation Greenpeace

vor dem Tagungsort des Gipfels fest. Sie hatten versucht, ein Banner mit der Aufschrift »Politiker reden – Führer handeln« aufzuhängen. Bei mehreren Demonstrationen hat die Polizei seit dem Wochenende mehr als 1500 Beteiligte festgenommen, fast alle »vorbeugend« und ohne konkrete Begründung. Gegen drei Deutsche wurde auch Haftbefehl erlassen. Ein mehrtägiger Arrest wurde gegen den Sprecher des Netzwerks »Climate Justice Action« verhängt. Bei einem Haftprüfungstermin seien auch Protokolle von abgehörten Handygesprächen und SMS-Nachrichten vorgelegt worden, erklärte das Netzwerk. Die Vorwürfe gegen Müller seien »politisch motiviert« und »konstruiert«.

SPD fordert den Rücktritt Guttenbergs

Verteidigungsminister durch Erklärung Schneiderhans vom 25. November entlastet?

Nach der Konstituierung des Untersuchungsausschusses zur Aufklärung des von der Bundeswehr befohlenen Bombenangriffs bei Kundus mit vermutlich bis zu 142 Toten versucht die SPD, den Druck auf Kanzlerin Merkel und ihren Verteidigungsminister Guttenberg zu verstärken.

Berlin (dpa/AFP/ND). Der stellvertretende SPD-Parteipolitiker und Fraktionschef Olaf Scholz hat Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) aufgefordert, im Bundestag »die ganze Wahrheit« über den Angriff zu sagen. Im »Hamburger Abendblatt« legte Scholz Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) den Rücktritt nahe. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier sagte im Deutschlandfunk, die Kernfrage sei, ob Guttenberg den Bundestag und die Öffentlichkeit bei der Entlassung von Staatssekretär Peter Wichert und Generalinspekteur Wolfgang Schneiderhan korrekt in-

formiert habe. SPD-Chef Sigmar Gabriel erklärte dazu, Guttenberg habe »nur, weil er in der Öffentlichkeit gut dastehen will, einen hochverdienten General einfach rausgeschmissen und dazu »die Unwahrheit« gesagt.

Nach seiner Amtsübernahme hatte Guttenberg den Luftschlag am 6. November als militärisch angemessen bezeichnet, sich aber am 3. Dezember korrigiert. Er begründete seine Kehrtwende damit, dass ihm zum Zeitpunkt der ersten Bewertung wichtige kritische Berichte der Bundeswehr nicht vorgelegen hätten. Deshalb wurden Schneiderhan und Wichert am 25. November entlassen. Zuletzt bezichtigte Schneiderhan seinen früheren Vorgesetzten indirekt der Lüge. Guttenberg habe die Unwahrheit über die Umstände seines Ausscheidens gesagt. Das Magazin »Stern« zitiert jetzt aber aus der Erklärung Schneiderhans vom 25. November an den

Minister. Diese Version stützt eher Guttenbergs Darstellung. Denn darin heißt es laut »Stern«: »Sie (Guttenberg) haben Ihre Erklärung vom 6. 11. 09 zum Luft-Boden-Einsatz in Kundus auf der Grundlage des Abschlussberichtes ComIsaf abgegeben. Andere Zwischenberichte, Berichte und Meldungen wurden Ihnen nicht vorgelegt. Dafür übernehme ich die Verantwortung. Deshalb bitte ich Sie, mich von meinen Dienstpflichten zu entbinden und in den Ruhestand zu versetzen.« Bei den Bürgern finden die Oppositions-Angriffe auf Guttenberg laut einer Umfrage wenig Widerhall. Nur 24 Prozent teilen die Kritik an Guttenberg, wie eine Emnid-Umfrage für den TV-Sender N24 ergab.

Der in Heidelberg stationierte NATO-Befehlshaber Landstreitkräfte Europa, Roland Kather, forderte angesichts der Diskussion über den Afghanistan-Einsatz rechtliche und politische Klarheit

für die Soldaten. Die derzeitige Diskussion belaste und verunsichere die Truppe, sagte der Generalleutnant der »Leipziger Volkszeitung«. Soldaten hätten ihm den Eindruck geschildert, es werde eher akzeptiert, wenn eigene Soldaten fallen, als wenn ein Taliban erschossen werde.

Weiter Kämpfe am Hindukusch

Am Hindukusch wird unterdessen weiter gnadenlos gekämpft. Bei US-Drohnen-Angriffen auf Taliban-Kämpfer wurden am Donnerstag in Pakistan nahe der afghanischen Grenze mindestens 17 Menschen getötet und zahlreiche weitere verletzt. Einige Stunden zuvor hatte im gleichen Distrikt Nord-Waziristan eine US-Drohne ein Auto mit Taliban-Kämpfern ins Visier genommen. Immer wieder werden bei solchen Angriffen auch Zivilisten getötet oder verletzt.

Bundestag brüskiert die LINKE

Wolfgang Neskovic fiel bei Wahl ins PKG durch

Berlin (ND). Der Bundestag hat am Donnerstag dem Kandidaten der LINKEN, Wolfgang Neskovic, die Mitgliedschaft im neuen Parlamentarischen Kontrollgremium (PKG) verweigert. Bei der Wahl erhielt der Justizpolitische Sprecher der Linksfraktion, der dem Gremium in der letzten Legislatur angehörte, nur 194 Stimmen, 312 wären erforderlich gewesen. Fraktionschef Gregor Gysi sprach im Anschluss von einer »grandiosen Unverschämtheit« und kündigte die erneute Aufstellung des Kandidaten im Januar an. Die Abgeordneten, »in erster Linie von der Unionsfraktion«, wie Gysi anmerkte, hätten dem ehemaligen Richter am Bundesgerichtshof aus »ideologischen Gründen« die Zustimmung verweigert. Damit habe die Union den parlamentarischen Kodex verletzt; die LINKE hatte zuvor deren Kandidaten mitgewählt.

Dem Gremium gehören nun vorerst zehn der beschlossenen elf Mitglieder an – vier der Union, drei der SPD, zwei der FDP und einer der Grünen. Vom letzten Bundestag war vor vier Jahren der Kandidat der LINKEN Lothar Bisky in vier Anläufen die Wahl ins Präsidium des Bundestages verweigert worden. Ähnliches will die LINKE in diesem Fall nicht hinnehmen, wie ND erfuh. In der jetzigen Weise sei das Kontrollgremium, dessen Aufgabe die Kontrolle der Geheimdienste ist, nicht zulässig zusammengesetzt, so Gysi.

Kurz

Ärzte gehen

Aschchabad/Berlin (dpa). Wegen der autoritären Politik in der Ex-Sowjetrepublik Turkmenistan in Zentralasien hat die Organisation Ärzte ohne Grenzen nach zehn Jahren die Arbeit dort eingestellt.

Hilfe gegen Dürre

Brüssel (AFP). Gegen die Folgen großer Trockenheit hilft die EU-Kommission den Menschen am Horn von Afrika mit 50 Millionen Euro.

Verbot vor Gericht

Straßburg (AFP). Das Schweizer Bauverbot für Minarette beschäftigt den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg. Wie eine Sprecherin am Donnerstag mitteilte, ist eine Beschwerde des früheren Sprechers der Genfer Moschee, Hafid Ouardiri, eingetroffen.

Im Krankenhaus

Arrecife (dpa). Die Bürgerrechtlerin Aminatou Haidar aus der Westsahara ist nach 32-tägigem Hungerstreik auf der Kanareninsel Lanzarote in ein Krankenhaus gebracht worden.

Friedenspreis

Wiesbaden (dpa). Die muslimische Friedensaktivistin Dekha Ibrahim Abdi aus Kenia erhält den Hessischen Friedenspreis 2009.